

Herr Schütze erinnerte daran, dass die Verwaltung in der letzten Sitzung beauftragt worden sei, im Konflikt mit dem Sägewerk eine Lösung herbeizuführen. Deshalb sei er nun dafür, dass die Verwaltung von den bisherigen Schritten berichte.

Herr Gleß sagte, man habe mit dem wesentlichen Einwender ein Gespräch geführt und eine Mitteilung über den Inhalt des Gesprächs an die Fraktionen geschickt. Das Gespräch habe keine Ergebnisse gehabt, die Änderungen an der Sitzungsvorlage zur Folge gehabt hätten. Insofern sei der vorliegende Beschlussvorschlag auch der alte.

Herr Schütze sagte, er habe an dem Gespräch teilgenommen, weil das Sägewerk ihn darum gebeten habe. Es sei eine kontroverse Diskussion gewesen, und es habe erste Ideen gegeben, wie man eine Einigung herbeiführen könne. Er sei überrascht gewesen, zu erfahren, dass es seit dem Gespräch keinen weiteren Kontaktversuch der Verwaltung gegeben habe, insbesondere im Hinblick darauf, dass es vom Sägewerk im Nachhinein einen Brief gegeben habe, in dem Möglichkeiten zur Lösung aufgezeigt worden seien. Die Reaktion der Verwaltung sei gleich null gewesen und das finde er schon mehr als unschön. Man wünsche sich einen langfristigen Erhalt des Sägewerks, auch wenn das nicht jeder im Technischen Dezernat so sehe, wie man beim letzten Mal gehört habe. Er fordere Herrn Gleß auf, auch im Nachgang zu dem Beschluss zu versuchen, eine einvernehmliche Lösung herbeizuführen.

Abgesehen von dem mangelhaften Konfliktmanagement halte die FDP-Fraktion den B-Plan grundsätzlich für gelungen. Da keine Lösung des Konflikts herbeigeführt worden sei, werde er sich bei der Abstimmung enthalten.

Herr Quadt sagte, die CDU-Fraktion begrüße, dass dieser B-Plan nach Jahren endlich fertig werde.

In der Tageszeitung habe er gelesen, dass es Firmen aus dem Ahrtal gebe, die händeringend eine neue Fläche für ihre Produktionsstätte suchen würden. Er wolle die Anregung geben, Kontakt aufzunehmen, da dies im Gewerbegebiet Menden-Süd denkbar wäre.

Frau Burk sagte, man hätte es natürlich begrüßt, wenn mit der Firma Füssenich eine Einigung herbeigeführt worden wäre. Damit es zu keinen weiteren Verzögerungen komme, werde man dem jetzigen Plan zustimmen.

Der Ausschuss fasste folgende Beschlussempfehlung: